

Grüne Wüsten statt Regenwald

Palmölplantagen in Peru



© Rettet den Regenwald, <https://flic.kr/p/DRyTVa> (CC BY-NC-SA 2.0)

Palmöl ist mit 66 Millionen Tonnen das meistproduzierte Pflanzenöl der Welt. Durchschnittlich steckt es in jedem zweiten Supermarktprodukt, vom Kosmetikartikel bis zum Lebensmittel. Die Ölpalme (*Elaeis guineensis*) kommt ursprünglich aus Westafrika. Allein in der Europäischen Union wurden 2017 stolze 7,7 Millionen Tonnen Palmöl verbraucht, 61 Prozent davon für Treibstoff, die restlichen 39 Prozent für Lebensmittel und Futtermittel sowie in der Chemieindustrie. Deutschland verbraucht mit 1,34 Millionen Tonnen mit am meisten Palmöl. Palmölplantagen belegen weltweit mehr als 27 Millionen Hektar Land – ungefähr die Fläche Neuseelands.¹

Auswirkungen der Regenwaldabholzung für Palmölanbau

Ein Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) von 2007 belegt, dass Palmölplantagen der Hauptgrund für die Regenwaldzerstörung sind. Die Abholzung hat dramatische Folgen für Mensch und Umwelt in den betroffenen Ländern und für das globale Klima.

- Bäume und Torfmoore gehen als CO₂-Speicher verloren.
- Der Wasserkreislauf wird beeinträchtigt; wüstenähnliche Bodentypen entstehen.
- Indigene Gemeinschaften verlieren ihre Lebensgrundlagen, soziale Konflikte sind die Folge.
- Es kommt zur Verminderung der Bodenfruchtbarkeit und zu Erosion mit negativen Folgen für die lokale Landwirtschaft.
- Agrochemikalien verunreinigen die Böden und vergiften Grund- und Oberflächenwasser.

Palmöl und Peru

In Indonesien und Malaysia sind bereits große Teile des Regenwaldes durch Palmölplantagen zerstört und die Böden degradiert. Die Palmölkonzerne suchen sich deshalb andere Regionen, um weiter Gewinn machen zu können. Die peruanische Amazonasregion gilt als ideal. Noch gehört Peru zu den kleineren Akteuren auf dem internationalen Palmölmarkt.

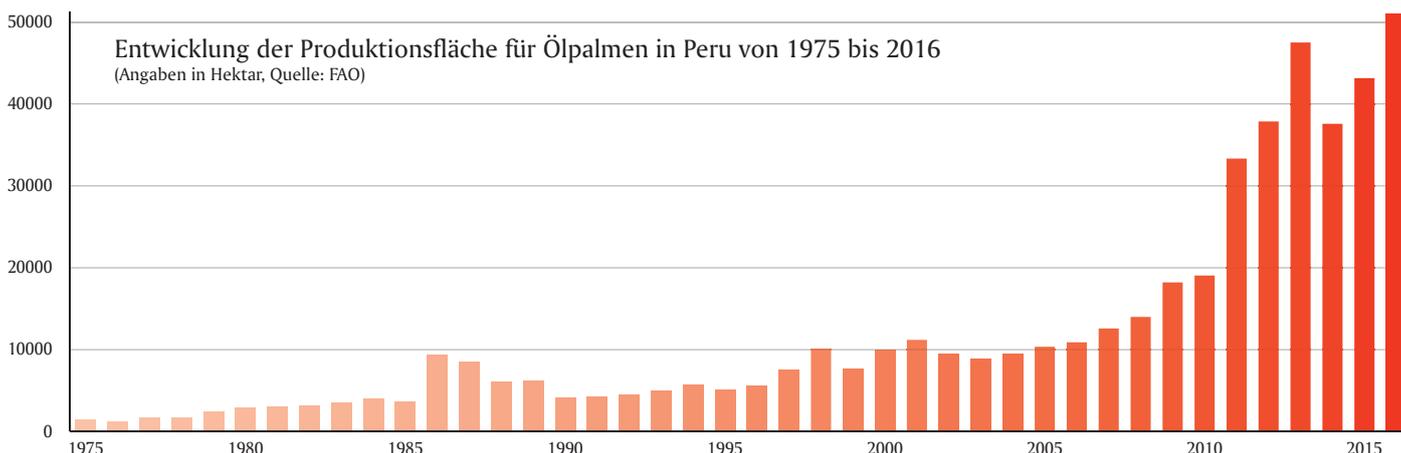
Bereits 1995 gab es erste Anläufe einer Kooperation zwischen interessierten Unternehmen und der Zentralregierung in Lima. Weil aber die betreffenden Regionalregierungen Gewinne und erwartete Besteuerungsgelder selber einstreichen wollten, boykottierten sie die Pläne. Fünf Jahre später, im Jahr 2000, erklärte die peruanische Regierung die Palmölproduktion zum nationalen Interesse und unterstützt sie seither massiv. 2015 verkündete sie dann, es stünden mehr als 1,5 Millionen

Hektar Land für diesen Zweck zur Verfügung. Ein rasanter Anstieg der Produktion war die Folge. Dafür wird im Amazonasgebiet vor allem Primärwald abgeholzt, mit verheerenden sozialen und ökologischen Folgen.

Tatsächlich wird inzwischen auf mehr als 50.000 Hektar Palmöl produziert (siehe Grafik), für den Regenwald bedeutet das einen Verlust von über 60.000 Hektar, die für diese Monokulturen gerodet und mit Ölpalmen bepflanzt wurden. Der Export peruanischen Palmöls stieg von 2013 bis 2014 um knapp 200 Prozent. Wenn umgesetzt wird, was bereits geplant ist, sind bald 170.000 Hektar Wald durch Ölpalmplantagen ersetzt. Die Umwandlung eines Hektars Regenwald in eine

Ölpalmplantage bedeutet die Freisetzung von 174 Tonnen Kohlenstoff, die größtenteils als CO₂ emittiert werden.

Das Konzept dieser Entwicklung entspringt der Logik, dass der Regenwald nicht nur Wald ist, sondern von Nutzen sein soll. Dies ist eine verbreitete Ansicht in Peru. Um das juristisch abzusichern, wurde eine Regelung geschaffen, die den Regenwald für die landwirtschaftliche Nutzung (sprich Abholzung) freigibt und den Weg für die Umwandlung in Plantagen ebnet. Ein weiteres Argument ist, dass dadurch die illegale Abholzung verringert werden soll. Die Umwandlung genehmigen die Regionalbehörden und so mancher Staatsdiener verdient dabei.



Palmöl ist ein Konflikt-Agrarrohstoff

Palmöl kann weder von den kleinbäuerlichen Neusiedlern im Regenwald noch den Indigenen im kleinen Maßstab hergestellt werden, da die Verarbeitungsanforderungen sehr hoch sind; der Plantagenanbau birgt die Gefahren aller Monokulturen: Wälder werden durch Brandrodung vernichtet, Schädlinge und Pflanzenkrankheiten treten auf und können nur chemisch niedergehalten werden.

Außerdem erhöht sich der Druck auf das Land, es wird dadurch zur Ware, um die gekämpft und mit der gehandelt wird. Menschenrechtsverletzungen, Lebenswelt- und Umwelterstörung führen zu vielfältigen Konflikten. Die Palmölproduktion ist Teil einer kritisch zu sehenden Modernisierungsstrategie: Kleinbauern geben dafür die Nahrungsmittelproduktion, z.B. Reis auf.

Akteure – Grupo Melka und Grupo Romero

In Perus Palmölsektor operiert mit 25 Zweigfirmen hauptsächlich die US-amerikanisch-tschechische *Grupo Melka*. Sie verfügt über Plantagen in den Provinzen Tamshiyacu (Region Loreto) und Coronel Portillo (Region Ucayali). *Grupo Melka* pflegt Beziehungen auf allen politischen Ebenen und arbeitet auch mit dem United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) zusammen, um Palmöl als Alternative zum Drogengeschäft anzupreisen. Das Unternehmen nutzt die schwache Ausgestaltung nationaler Gesetze aus, um Land für Ölpalmanlagen zu erwerben. So rodet *Grupo Melka* seit einigen Jahren etliche Hektar Regenwald zwischen Tamshiyacu und Nueva Requena, was sich massiv auf die Lebensgrundlagen von indigenen Gemeinschaften auswirkt (siehe Kasten).

Neben der *Grupo Melka* baut noch die *Grupo Romero* Ölpalmen an, auf 22.500 Hektar in der Provinz San Martín in der gleichnamigen Region; der Zugriff auf weitere 34.000 Hektar Wald ist beantragt. Noch werden 60 Prozent des peruanischen Palmöls von kleinbäuerlichen Betrieben produziert. Diese Zahl ist jedoch irreführend, da in Peru dabei die Vertragslandwirtschaft dominiert. Sie sichert kleinbäuerlichen Betrieben zwar Abnahmequoten, bedeutet für sie aber Abhängigkeit von den Großunternehmen, deren Vertragspartner sie sind.

Indigene Gemeinschaftsrechte und die Vergabe von Landtiteln

Trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Vorabkonsultation der indigenen Gemeinschaften gemäß der von Peru unterzeichneten ILO-Konvention 169² (auf nationaler Ebene durch das peruanische Gesetz N° 29785 implementiert), wird die Konsultation als Recht der indigenen Gemeinschaften durch staatliche Stellen oft umgangen und es kommt so zu illegaler Aneignung von Wald durch Firmen oder Personen. Manche Agrarunternehmen scheuen sich nicht davor, die Gemeinschaften oder



Auch Kleinbauern verkaufen die Palmölernte meist an die großen Fabriken.
© Juan Carlos Huayllapuma/CIFOR, <https://flic.kr/p/XVDq4W> (CC BY-NC-ND 2.0)

Grupo Melka und die Dorfgemeinschaft Santa Clara de Uchunya. Ein Beispiel

Die indigene Gemeinde Santa Clara de Uchunya in der Region Ucayali besteht aus etwa 500 Shipibo-Conibo. Gegen Ende 2012 drangen Hunderte Arbeiter des Unternehmens *Plantaciones de Pucallpa S.A.C. (Grupo Melka)* mit zu Unrecht behördlich ausgestellten Besitzurkunden und Eigentumstiteln auf das Territorium der Gemeinschaft vor. An 212 Landaufkäufer waren zuvor schon Landrechte auf 6.845 Hektar vergeben worden, was der Gemeinde nicht einmal mitgeteilt worden war. Die Landaufkäufer besorgten sich Landtitel und verkauften sie sofort an die Palmölfirmen. Die Folgen dieses Handels waren Bodenspekulation, Vertreibung, Entwaldung und Gewalt. Das Unternehmen holzte 7.000 Hektar Primärwald der Gemeinde für die agroindustrielle Ausbeutung ab, legte Straßen an, zäunte das Gelände ein und bewacht es. Die Bewohner*innen von Santa Clara de Uchunya wurden über den Verlust und die Zerstörung ihres Landes weder informiert, noch erhielten sie eine Entschädigung.

Der Staat schwieg zunächst. Erst auf Beschwerde der Gemeinde listete die Umweltbehörde Gesetzesverstöße und negative Auswirkungen auf die Umwelt auf und forderte schließlich das Unternehmen auf, seine intensive Agrarbewirtschaftung einzustellen, was es nicht tat, wie ein Beamter feststellen musste: er sah ca. 60 tätige Arbeiter, die ihm den Zutritt verwehrten, ihn mit Worten und Macheten einschüchterten und vom Gelände vertrieben. In der Folge erhielt das Unternehmen zweimal Strafbescheide (hohe Geldbußen), die bis heute vor dem Obersten Gerichtshof in Lima anhängig sind.

Das Unternehmen führte und führt seine Geschäfte auf dem

traditionellen Territorium von Santa Clara weiter; die Invasionen werden mehr und aggressiver. Viele Gemeindeangehörige berichten, dass sie bedroht oder angegriffen wurden. Bekannt ist der Fall von Huber Flores, den bewaffnete Vermummte beschimpften, bedrohten und schließlich sein Haus niederbrannten, das ihnen im Weg stand. Da auch der Gemeindechef von Santa Clara, Carlos Hoyos Soria, und weitere bedroht wurden und sich mehrfach Bewaffnete zeigten, richtete die eingeschüchterte und teils panische Bevölkerung Patrouillen ein und bewacht das Gebiet. Als Carlos Hoyos Soria und sein Bruder Benjamin am 7. Juli 2018 einen Kontrollgang unternahmen, feuerten drei Unbekannte Schüsse auf sie ab. Der Dorfschef verletzte sich auf der Flucht.

Da die staatlichen Stellen untätig blieben bzw. sich nicht gegen die *Grupo Melka* durchsetzen konnten, entwickelte die ansonsten schutzlose Gemeinde schließlich eine Strategie, um sich gegen die Angriffe des Unternehmens zu wehren: Sie ergreifen juristische Mittel und suchen Vernetzung und Öffentlichkeit, um auf die Politik einzuwirken.

Die Ölpalmplantagen sind das größte Problem der Dorfgemeinschaft, seit die Arbeiter des Unternehmens eindringen. Seit das Unternehmen in der Gegend aktiv ist, wuchert das Problem der Bodenspekulation mit allen Konsequenzen. Satellitenbilder belegen, dass die Rodungen auf (nur zum Teil amtlich bestätigtem) traditionellem Gemeindeterritorium weitergehen, obwohl das Landwirtschaftsministerium einen Stopp verfügt hat. So geht die Zerstörung der Lebensgrundlage der Shipibo-Conibo weiter und der Staat offenbart, dass er an der Durchsetzung der Rechte der Indigenen kein Interesse hat.

deren Führungspersonlichkeiten einzuschüchtern und zu bedrohen. Die Organisation *Proética*, der peruanische Ableger von Transparency International, untersucht die Thematik der Landrechte in Peru und stellt die Verbindung zwischen Abholzung, illegalem Landhandel und Korruption fest:³ Zwischen 2011 und 2014 boomte nach ihren Angaben die Vergabe von Landbesitzdokumenten; allein in Ucayali vergab die Regionalregierung 3.500 vorläufige Landtitel an Privatpersonen. Diese sind oft Strohmänner und verkaufen das Land an Agrarfirmen weiter oder wirtschaften in deren Auftrag. Gleichzeitig warten rund 1.200 indigene Gemeinschaften im peruanischen Amazonasgebiet auf die beantragten Landtitel für ihre Territorien, die meisten seit Jahren. Das betrifft rund 20 Millionen Hektar Regenwald.

Forderungen indigener Organisationen

Die *Asociación Interétnica de Desarrollo de la Selva Peruana* (Indigene Vereinigung zur Entwicklung im peruanischen Regenwald) fordert insbesondere in Hinblick auf die Ölpalmenproblematik:

- Es müssen wirksame Schutzbestimmungen für indigenes Territorium, unabhängig von vorhandenen oder fehlenden Landtiteln, geschaffen werden.
- Der Staat muss Agrarunternehmen stärker regulieren und kontrollieren.
- So lange der Staat nicht nachweist, dass er zu Regulierung und Kontrolle in der Lage ist, sind geplante und neue Ölpalmenprojekte zu stoppen.

- Um zu Regulierung und Kontrolle fähig zu sein, muss der Staat Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse klar definieren und im Fall der Verletzung staatlicher Vorschriften müssen Sanktionsmechanismen vorhanden sein und auch angewendet werden.
- Besonders dringend muss die Vergabe von Landtiteln für indigene Gemeinschaften vorangetrieben werden, einschließlich der Möglichkeit der Ausweisung als Gemeinschaftsland.

Nur dort, wo indigene Völker in rechtlich gesicherten Territorien leben können, gibt es die Chance auf lebendige Wälder.

Was können und sollten wir tun?

Noch ist der peruanische Regenwald vor der gewaltigen Zerstörung durch Palmölplantagen, wie sie in Indonesien und Malaysia stattfindet, zu retten. Die zentrale Forderung für Peru lautet daher: Regenwald statt Palmenreihen! Um dies zu erreichen, ist es wichtig, auch in Deutschland aktiv zu werden:

- Palmöl und Konsumverhalten: so weit wie möglich palmölfreie Produkte verwenden und keine Agrartreibstoffe tanken.
- Palmöl und indigene Völker: indigene Gemeinschaften beim Erhalt des Regenwaldes und in ihrem Kampf gegen Abholzung, Enteignung und Vertreibung unterstützen und ihnen helfen, ihre Rechte juristisch durchzusetzen.
- Palmöl und Öffentlichkeit: Vernetzung und Zusammenschlüsse betroffener indigener Gemeinschaften fördern und ihre Anliegen hier zu Gehör bringen.

Zertifizierung der Palmölproduktion?

Nachhaltig produziertes Palmöl aus zertifizierten Plantagen wollen die Mitglieder des Roundtable on Sustainable Palm Oil mit dem RSPO-Label versehen. Dafür ernten sie weltweit Kritik von Umwelt- und Sozialorganisationen. Das Siegel schließt Regenwaldrodung nicht aus, macht aber gewisse Einschränkungen. Das RSPO-Siegel bevorzugt großflächige, betriebsmittelintensive Monokulturen, da die Zertifizierungen dafür mit weniger Zeitaufwand durchzuführen sind. Bei den Voraussetzungen für das Siegel spielen die Rechte indigener Gemeinschaften keine Rolle, es trägt somit mehr zur Beschneidung als zum Schutz dieser Rechte bei, obwohl es sich sozial nachhaltig nennt. Laut Entwicklungsminister Gerd Müller sind 60 Prozent des in die EU importierten Palmöls zertifiziert. Da nur zwei Prozent aller Palmölhändler nachweisen können, woher ihr Produkt kommt, sollte die Devise lauten: Regenwald statt Palmöl. Denn nachhaltig betriebene Ölpalmplantagen gibt es nicht.

- Palmöl und deutsche Politik: Als Entwicklungsprojekte deklarierte Palmölprojekte verhindern.
- Palmöl und Peru: einfordern, dass staatliche Stellen die Landtitelvergabe für Gemeinschaftsland nicht weiter verschleppen und juristische Möglichkeiten ausgelotet und genutzt werden, um Sozial- und Umweltvergehen zu sanktionieren.

Hierzu schlägt die Informationsstelle Peru eine **Briefaktion an den peruanischen Minister für Landwirtschaft und Bewässerung** vor (siehe Kasten rechts).



OLAMSA betreibt zwei Palmölfabriken in der Provinz Coronel Portillo.
© Juan Carlos Huayllapuma/CIFOR, <https://flic.kr/p/WLidmB> (CC BY-NC-ND 2.0)

Weiterführende Informationen:

- [1] Thomas Fatheuer, Palmöl in Lateinamerika – Expansion und Konflikte. Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. – FDCL 2016, https://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2017/03/FDCL_Palmöl10032017_web-2-1.pdf (zuletzt überprüft am 26.02.2020)
- [2] Aktionsbündnis „Regenwald statt Palmöl“: Übersicht über Infomaterial zu Palmöl, <https://www.regenwald-statt-palmoel.de/de/aktiv-werden/materialien/infomaterial> (zuletzt überprüft am 26.02.2020)

- 1 Rettet den Regenwald: Palmöl – der Tod des Regenwaldes, <https://www.regenwald.org/themen/palmoel> (zuletzt überprüft am 26.02.2020)
- 2 Die ILO 169 ist das „Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern“ der Internationalen Arbeitsorganisation und regelt die Grundrechte der indigenen Völker. Sie ist rechtlich verbindlich für alle Länder, die sie ratifiziert haben.
- 3 siehe <https://www.proetica.org.pe/casos-emblematicos/caso-traffic-tierras-deforestacion> (auf Spanisch) (zuletzt überprüft am 26.02.2020)

Briefaktion: Ausbreitung der Palmölproduktion in Peru und ihre sozialen und ökologischen Folgen

Sehr geehrter Herr Minister Montenegro Chavesta, wir sind besorgt über die Ausbreitung der Palmölproduktion und die damit einhergehende Zerstörung des Regenwaldes in Peru. Dadurch werden der Lebensraum und die Existenzgrundlage der indigenen Bevölkerung eingeschränkt. Bäume und Torfmoore gehen als CO₂-Speicher verloren.

Der Wasserkreislauf wird beeinträchtigt. Es kommt zur Verminderung der Bodenfruchtbarkeit und zu Erosion mit negativen Folgen für die lokale Landwirtschaft. Agrochemikalien verunreinigen die Böden und vergiften das Wasser. Dieser Prozess hat auch negative Auswirkungen auf das regionale und internationale Klima.

Wir fordern Sie auf,

- wirksame Schutzbestimmungen für indigenes Territorium zu schaffen.
- Agrarunternehmen stärker zu regulieren und kontrollieren.
- die Verletzung staatlicher Vorschriften zu sanktionieren.
- geplante und neue Ölpalmenprojekte zu stoppen, solange der peruanische Staat nicht nachweist, dass er zu Regulierung und Kontrolle in der Lage ist.
- die Vergabe von Landtiteln für indigene Gemeinschaften voranzutreiben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit für dieses Thema.

Mit freundlichen Grüßen

Zum Mitmachen: Link zur Briefaktion mit Downloadmöglichkeit der spanischen Version und Hinweisen zum Versenden: <http://www.infostelle-peru.de/web/briefaktion-ausbreitung-der-palmoelproduktion-in-peru>

Impressum

Herausgeberin: Informationsstelle Peru e.V.
Kronenstr. 16HH, 79100 Freiburg
Tel.: 0761-7070840
info@infostelle-peru.de | www.infostelle-peru.de

Redaktion: Bernhard Jimi Merk, Heinz Schulze, Trudi Schulze-Vogel
Lektorat und Layout: Silvia Bodemer

2. Auflage 500 Stück | Freiburg, März 2020
Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

Mit finanzieller Unterstützung von:

